

Angela Merkel ein blamables Ergebnis - Rücktritt oder weiter so?

25.09.2017, 08:45 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *Agenda 2011 - 2012*

Presseagentur: *Agenda News*



Pressebericht Nr. 587

Auf Merkel kommen schwere Zeiten zu. Das schlechteste Wahlergebnis seit 1949. Viele ungelöste Aufgaben und Probleme, fehlende Reformen und ein sozial tief gespaltenes Land.

Lehrte, 25.09.2017. Angela Merkel fährt das schlechteste Ergebnis aller Zeiten für die Union ein. Die Kanzlerin erhielt 26,5 %, Seehofer 6 % und Schulz 20 % aller Stimmen. Merkel muss sich einen 2. und 3. Zweckpartner suchen. Die konservative Union regiert seit 1969 28 Jahre, die SPD 18 Jahre und ihr konservativer Koalitionspartner, die FDP, 42 Jahre. Somit hat die FDP mit Abstand die längste Regierungserfahrung und steht der Union wieder zur Verfügung. Sie ist die Apothekerpartei, die für deren Preisstabilität steht. Sie hat Hoteliers zu einer Milliarde Steuergeschenken verholpen, trägt ihren Anteil daran, dass sich Deutschland in 48 Jahren kaputtgespart hat. Sie hat Regierungen platzen lassen.

Die Union und FDP halten Wahlgeschenke für rund 100 Mrd. Euro bereit, die Bürger steuerlich entlasten und in Bildung und Ausbildung, Sozialbauwohnungen, schnelles Internet, Roboter, Computer, Infrastruktur usw. fließen sollen. Keine der Parteien weist darauf hin, wie sie diese Wahlgeschenke finanzieren wollen. Sie werden sich traditionell an Weisungen der Wirtschaftswissenschaft halten, die unbegrenzte Schulden zur Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) forderte und fordert. Mit der Nullzinspolitik haben sie die Spareinlagen der Sparer von deren Konten getrieben, um die Binnennachfrage zu steigern.

Sie haben Billionen Euro frisch gedruckt, um die Märkte zu beruhigen und Investitionen anzukurbeln. Diese Maßnahmen haben die Schulden der EZB, Bundesbank und Banken drastisch gesteigert. Seit 1969 sind die Regierungen unter Brandt, Schmidt, Kohl, Schröder und Merkel den Weisungen der Wissenschaft gefolgt und haben für Wahlgeschenke und Wahlversprechen 2.150 Mrd. Euro mehr ausgegeben, als der Staat eingenommen hat. Davon hat sich Deutschland bis heute nicht erholt. Sie sind einen Schritt weiter gegangen und haben Zahlungsverprechen von 4.88 Mrd. Euro abgegeben, die keiner kennt.

Bis 2040 werden demnach jährlich 218 Mrd. Euro für diese Zahlungsverprechen fällig. Für 2018 hat das

Finanzministerium Einnahmen und Ausgaben von 335 Mrd. Euro geplant. Davon entfallen auf Sozialsystem 173,6 Mrd. Euro. Damit steht dem Finanzminister ein restliches Budget von 161,4 Mrd. Euro zur Verfügung. Zieht man davon die Zahlungsverprechen der Regierung, für die Verteidigung 2 % des BIP auszugeben, also rund 30 Mrd. Euro pro Jahr mehr, ab, bleiben 130 Mrd. Euro in der Staatskasse. Die Steuergeschenke von 100 Mrd. Euro verschlechtern die Einnahmen weiter. Wie sollen die eingangs erwähnten 218 Mrd. Euro für Zahlungsverprechen finanziert werden?

Helmut Kohl hat 1989 die Senkung der Lohnsteuer von 56 auf 42 % auf den Weg gebracht, 1991 die Börsenumsatzsteuer ersatzlos gestrichen und 1997 die Vermögensteuer „ausgesetzt“. Kohl, Schröder und Merkel haben dadurch auf rund 1.300 Mrd. Euro Steuereinnahmen verzichtet.

Schröder hat mit Agenda 2010 Beschäftigte mit Dumpinglöhnen, Zeitarbeit, Werkverträgen und Minijobs bestraft. Mit der Senkung der Bemessungsgrenze für Renten auf 43 % wird ein großer Teil der Rentner in Armut getrieben. Alles zum Wohlwollen der Arbeitgeber, der Freundschaft zwischen Politik und Lobbys. Das Rentenniveau liegt vergleichsweise in der EU zwischen 50 und 101 %! Das hat Deutschland zum Niedriglohn- und Niedrigrentenland Nummer 1 in der EU gemacht.

Die Wähler haben den Regierungsparteien, den beiden großen Volksparteien, das Vertrauen entzogen. Die SPD, die AfD und nicht an der Regierung beteiligten Parteien werden es der neuen Regierung schwer machen. Sie werden die Wiedereinführung der „nur ausgesetzten“ Vermögensteuer, die Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer und eine Erhöhung der Erbschaftssteuer fordern. Sie werden sich damit beschäftigen, dass bis 2040 rund 50 % der Arbeitsplätze verloren gehen. Sie werden dafür kämpfen, dass sich Deutschland vom Titel des Niedriglohn- und Niedrigrentenlandes Nr. 1 in Europa verabschiedet.

Gegen diese Entwicklung stemmt sich die Initiative Agenda 2011-2012. Bereits im Mai 2010 wurde der Öffentlichkeit im Internet ein Sanierungskonzept mit einem aktuellen Finanzrahmen von 275 Mrd. Euro zur Diskussion angeboten, das für ausgeglichene Haushalte und Rückführung der Staatsschulden steht.

Dieter Neumann

Portrait

Agenda 2011-2012 wurde im Mai 2010 gegründet und ist ein globales Konzept gegen Finanzkrisen. Der Öffentlichkeit wurde parallel dazu im Internet ein Sanierungskonzept mit einem jährlichen Finanzrahmen von 275 Milliarden Euro zur Diskussion angeboten, das für ausgeglichene Haushalte und Rückführung der Staatsschulden steht. Das Gründungsprotokoll ist 2010 als Sachbuch erschienen und aus Authentizitätsgründen in der Staatsbibliothek Berlin hinterlegt.

Agenda News ist das Presseorgan von Agenda 2011-2012. Presseberichte von Agenda News sind Spots zum Sachbuch Agenda 2011-2012 „Protokoll einer Staatssanierung – Wege aus der Krise“, Dieter Neumann, Books on DEMAND-Verlag Mai 2016. Fazit: „Die Krise wird nur mit einer angemessenen Beteiligung aller Gesellschaftsschichten an den Kosten des Staates überwunden“.

News-ID: 970432 • Views: 166 (Stand: 26.04.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/970432/Angela-Merkel-ein-blamables-Ergebnis-Ruecktritt-oder-weiter-so.html>